



Medienmitteilung

Zürich, 20. Januar 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 23. Januar 2023

Fokusthema: **Finanzen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagvormittag nach der Behandlung eines dringenden Postulats zur Sanierung eines Seepolizei-Postens über zwei parlamentarische Initiativen zu Treibhausgasneutralität und Notariatsgebühren diskutieren. Danach wird es darum gehen, ob der Regierungsrat zu einem LGBTI-Postulat einen Ergänzungsbericht verfassen soll. In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat mit Vorstössen beschäftigen, welche die Finanzdirektion betreffen.

Umstrittene Kosten für Sanierung des Seepolizei-Postens in Oberrieden

Im Jahr 2016 wurde ein Kredit über 10 Millionen Franken für die Sanierung des Seepolizeiostens Oberrieden aufgrund der hohen Kosten vom Kantonsrat an die Regierung zurückgewiesen. Ende des vergangenen Jahres hat der Regierungsrat dafür ein Projekt über 33 Millionen Franken als gebundene Ausgabe bewilligt. SVP-Kantonsrat Domenik Ledergerber hat deshalb mit Unterstützung von SP, FDP, GLP und Mitte ein dringliches Postulat eingereicht, mit dem er den Regierungsrat bittet, in einem Bericht aufzuzeigen, weshalb die Kosten trotz Reduktion des Raumprogramms dreimal höher sind als beim ursprünglichen Projekt ([KR-Nr. 477/2022](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Da es sich um einen dringlichen Vorstoss handelt, wird er am Montag, anders als bei nichtdringlichen Vorstössen, materiell behandelt, auch wenn ein Ratsmitglied Antrag auf Ablehnung stellt.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), 079 295 90 22

Beitrag der ZKB zur Erreichung der Treibhausgasneutralität gefordert

Grünen-Kantonsrat David Galeuchet fordert mit einer parlamentarischen Initiative (PI), dass die Ziele der Zürcher Kantonalbank hinsichtlich Transformation zur Treibhausgasneutralität im Kantonalbankgesetz stärker verankert werden sollen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, der geänderten PI zuzustimmen ([KR-Nr. 233/2018](#)). Eine Minderheit (SVP, FDP) lehnt die beantragte Änderung von § 7 ab. Eine weitere Minderheit (SVP) lehnt die PI ganz ab.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Minderheit I: Doris Meier (FDP, Bassersdorf), 044 836 42 07

Minderheit II: Ueli Bamert (SVP, Zürich), 079 742 60 21

Änderung der Notariatsgebührenverordnung beantragt

Der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein fordert mit einer parlamentarischen Initiative (PI) und mit Unterstützung von FDP und GLP eine Anpassung der Höhe der Notariatsgebühren in der Notariatsgebührenverordnung. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten PI zuzustimmen ([KR-Nr. 301/2018](#)). Zum einen sollen die Höchstgebühren bei gewissen gesellschaftsrechtlichen Beurkundungen und solchen im Ehegüter- und Erbrecht um 20 Prozent gesenkt werden. Zum anderen ist vorgesehen, dass für Beurkundungen auswärts und ausserhalb der

Öffnungszeiten neu eine Gebühr erhoben wird. Eine Minderheit (SP, Grüne, AL, CSP) lehnt die beantragte Gebührensenkung ab. Eine weitere Minderheit (Grüne, AL, CSP) lehnt die PI ganz ab.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05
Minderheit I: Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich), 079 233 25 67
Minderheit II: Melanie Berner (AL, Zürich), 076 441 52 42

Ergänzungsbericht zu LGBTI-Postulat gefordert

Nicht zufrieden ist die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) mit dem Bericht des Regierungsrates zum Postulat betreffend «Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen». Mit 8 zu 7 Stimmen beantragt sie, einen Ergänzungsbericht zu verlangen ([5770](#)). Darin soll innert sechs Monaten ein konkreter Massnahmenplan erstellt werden, der eine höhere Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Massnahmen bezwecken soll. Die Kommissionsmehrheit aus SP, GLP, Grünen und EVP folgert unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachorganisationen, dass die beiden Sensibilisierungslektionen in der Polizeiausbildung nicht ausreichen. Ferner gehe der Bericht der Regierung nicht auf Angebote für weitere Mitarbeitende der Strafverfolgungsbehörden ein, verweise lediglich auf eine Ausweitung des Seminarangebots und beziehe sich nicht auf konkrete, verpflichtende Schulungsmassnahmen. Die Kommissionsminderheit stellt keinen eigenen Antrag, befürwortet aber – wie der Regierungsrat – die Abschreibung des Postulats.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Arbeitszeitsaldi und Diversität beim Staatspersonal

Zwei Vorstösse, welche am Montag traktandiert sind, betreffen Angestellte der öffentlichen Verwaltung. SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig lädt den Regierungsrat ein, Massnahmen zu ergreifen, um Mehrzeiten des kantonalen Personals, die ohne Kompensation verfallen, auf null zu reduzieren ([KR-Nr. 154/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Und GLP-Kantonsrätin Melissa Näf möchte mit Unterstützung von SP und Grünen den Regierungsrat beauftragen, das Bewerbungsverfahren für Stellen neu zu regeln, sodass Personalverantwortliche und Vorgesetzte, welche die Auswahl der Bewerbenden treffen, grundsätzlich bis nach dem Versand der Einladungen für ein erstes Bewerbungsgespräch keine Einsicht mehr in Informationen wie Name, Foto, Nationalität, Zivilstand, Geschlecht und Alter der Bewerbenden haben sollen ([KR-Nr. 297/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt, den ursprünglich als Motion eingereichten Vorstoss abzulehnen, hat sich jedoch bereit erklärt, diesen als Postulat entgegenzunehmen.

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67
Melissa Näf (GLP, Bassersdorf), 076 592 56 25

Diskussionen über Homeoffice-Bedingungen

Entgegennehmen möchte der Regierungsrat zwei Postulate betreffend Homeoffice. FDP-Kantonsrat Beat Habegger will den Regierungsrat einladen, aufzuzeigen, mit welchen Anreizen, Erleichterungen und gesetzlichen Anpassungen das Arbeiten von zu Hause aus – auch nach der Pandemie – unterstützt werden kann ([KR-Nr. 318/2020](#)). Und FDP-Kantonsrat Martin Farner fordert ein Modell zur steuerlichen Gleichbehandlung von Arbeit im Homeoffice und am Arbeitsplatz (Pendlerabzug, Abzug für auswärtige Verpflegung) ([KR-Nr. 184/2021](#)). Weil die SVP bzw. die Grünen die Vorstösse ablehnen, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden.

Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35
Martin Farner (FDP, Oberstammheim), 079 470 09 84

Veranstaltungshinweis:

Für die Mitglieder des Kantons- und des Regierungsrates sowie für akkreditierte Medienschaffende besteht im Anschluss an die Fraktionssitzungen, um 16 Uhr, die Möglichkeit, das neue Rathausprovisorium zu besichtigen. Eine entsprechende Einladung wurde vor zwei Wochen versendet.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12